

Krieg in der Ukraine. Tägliches Update. Tag 107

Vorbereitet von Sofia Oliynyk und Maryana Zaviyska

Außenpolitik. Die Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, auf dem Gipfeltreffen am 23. und 24. Juni in Brüssel zu entscheiden, ob der Ukraine, Moldawien und Georgien der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt werden soll. Olha Stefanischyna, stellvertretende Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration, sagt, es gebe drei Länder im EU-Block, die sich gegen den EU-Kandidatenstatus für die Ukraine aussprechen, ohne Namen zu nennen. Ihrer Meinung nach wird es jedoch auch für diese Länder schwierig sein, auf dem Juni-Gipfel mit "Nein" zu stimmen. Bloomberg berichtet, dass eine endgültige Stellungnahme der Europäischen Kommission, selbst wenn sie positiv ausfällt, die Zustimmung der Mitgliedsstaaten benötigt, bevor der Ukraine der Status offiziell zuerkannt wird.

Der Rat der EU führte einen Meinungsaustausch über die angemessenen juristischen Reaktionen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Im Hinblick auf den Schutz der Rechte von Kindern fordert der Rat die Mitgliedstaaten unter anderem auf, Strategien zur Durchsetzung der Rechte aller Kinder ohne Diskriminierung zu entwickeln und die Bemühungen zur Verhinderung und Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Kinder zu verstärken. Die EU-Justizminister*innen erzielten teilweise eine Einigung über die Richtlinie zur Umweltkriminalität. Die Liste der Umweltstraftaten wird um 11 neue Kategorien erweitert, wodurch der Umfang der verbotenen umweltschädigenden Handlungen vergrößert und präzisiert werden kann.

Der litauische Seimas (Parlament Litauens) verabschiedete eine Resolution, in der er sich verpflichtet, die Ukraine auf dem Weg zum Sieg und zur vollständigen Wiederherstellung der territorialen Integrität zu unterstützen. Die Abgeordneten fordern, eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland und Weißrussland erst dann in Betracht zu ziehen, wenn Russland den Krieg gegen die Ukraine bedingungslos beendet und die Besatzungstruppen abzieht und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherstellt.

Die Europäische Kommission hat eine Initiative im Rahmen des Programms des Europäischen Innovationsrats (EIC) für 2022 angekündigt, die darauf abzielt, die ukrainische Innovationsgemeinschaft mit 20 Mio. Euro an Zuschüssen zu unterstützen. Die Initiative wird mindestens 200 ukrainische Technologie-Start-ups, die in der Ukraine verbleiben und arbeiten, sowie diejenigen, die während des Krieges in die EU zwangsumgesiedelt wurden, mit bis zu 60.000 Euro direkt unterstützen.

Ernährungssicherheit. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte vor dem OECD-Ministerrat den Ausschluss Russlands aus der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen. Der Präsident unterstrich einmal mehr die Rolle Moskaus in der aktuellen Nahrungsmittelkrise und verwies dabei auf die Rolle Russlands bei der Blockade der Schwarzmeer-See-Routen für den Getreideexport. In seiner Rede auf der Time100-Gala-Veranstaltung am Mittwoch warnte er, die Welt stehe am Rande einer "schrecklichen Nahrungsmittelkrise".

Der Kreml erklärte, mit der Türkei sei keine Einigung über die Ausfuhr ukrainischer Getreidelieferungen über das Schwarze Meer erzielt worden. Die Türkei drängt auf eine Einigung zwischen Russland und der Ukraine, um die weltweite Nahrungsmittelkrise zu lindern, indem sie eine sichere Passage für das in den Schwarzmeerhäfen festsitzende Getreide aushandelt, doch ihre Bemühungen stoßen auf Widerstand. Die Ukraine behauptet, Russland stelle unzumutbare Bedingungen, und der Kreml sagt, die Verschiffung hänge von der Aufhebung der Sanktionen ab.

Die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten bemühen sich, Russlands jüngste Offensive zu neutralisieren - eine Kampagne dreister Lügen, in der sich Moskau als unschuldige Partei in der Seeblockade des Schwarzen Meeres darstellt, die eine weltweite Nahrungsmittelkrise schürt. Lawrow nutzte die Reise nach Ankara, um die falsche Behauptung aufzustellen: "Die Russische Föderation schafft kein Hindernis für die Durchfahrt von Schiffen oder Schiffen ... Wir verhindern nichts." - POLITICO berichtet.

Dies wird nun zu einem Markenzeichen der internationalen Kommunikation Moskaus. In Russlands Version ist die Ukraine für die Blockade verantwortlich, weil sie den Hafen von Odessa vermint hat und - ebenso falsch - die westlichen Sanktionen den Getreidestrom stoppen. Die Tatsache, dass die gesamte Krise auf eine russische Invasion und Seeblockade zurückzuführen ist, wird bequemerweise ignoriert. "Sie verhandeln in Wirklichkeit nicht, sondern setzen ihr antiwestliches Narrativ fort", sagte der stellvertretende ukrainische Wirtschaftsminister Taras Kachka.

Angegriffene Städte. Gebiet Luhansk. Die Kämpfe um Sjewjerodonezk gehen weiter. Die russischen Streitkräfte zerstörten einen großen Sportkomplex, den Eispalast. Der Gouverneur der Region bezeichnet ihn als den Stolz der Stadt, in dem fast 5000 Menschen Veranstaltungen besuchen konnten. Ein weiterer Treffer wurde bei der Ammoniakproduktionsanlage "Azot" verzeichnet. In der Region Donezk wurden innerhalb eines Tages 17 Objekte beschädigt, darunter 4 Privat- und 2 Wohngebäude, ein Bauernhof, ein Industrieunternehmen, Bahngleise und das Gelände des Bahnhofs "Phenolna" und andere. Regelmäßiger Beschuss in den Regionen Charkiw und Mykolajiw. Russische Streitkräfte werfen Granaten aus Drohnen auf die Grenzdörfer der Region Sumy ab. In der Region Dnipropetrowsk beschossen die russischen Streitkräfte drei Gemeinden an der Grenze zur Region Cherson. Ein weiterer Raketenangriff wurde im Bezirk Dnipro verzeichnet.

Städte unter Besatzung. Mariupol. Die russischen Behörden erwägen die "Entminung" der Gebiete durch gefangene Ukrainer*innen. Die Besatzer denken darüber nach, die gefangenen Zivilist*innen in Minenfeldern freizulassen, so der Sicherheitsdienst der Ukraine, der dies als "Minenräumung auf natürliche Weise" bezeichnet. Neben der Minenräumung ist auch der Abriss beschädigter Gebäude im Gange. Die Angreifer zerstören beschädigte Häuser und weigern sich, unter den Trümmern nach den Leichen der Toten zu suchen. Der Berater des Bürgermeisters von Mariupol, Petro Andruschtschenko, sagte, dass dies der Fall im Bezirk Levoberezhny ist. Die Invasoren haben damit begonnen, den verbliebenen Rentner*innen in Mariupol Renten in russischen Rubeln zu zahlen. Die in Griwna umgerechnete Rente beläuft sich auf 2.600 UAH (88 Dollar).

In Mariupol besteht die Gefahr eines größeren Choleraausbruchs. Seit Mai wurden vereinzelte Fälle von Cholera gemeldet. Die Ukraine wurde 1995 von einer großen Choleraepidemie heimgesucht und hat seitdem immer wieder kleinere Ausbrüche erlebt, insbesondere an der Küste des Asowschen Meeres, zu der auch Mariupol gehört. Die medizinische Versorgung in Mariupol steht wahrscheinlich bereits kurz vor dem Zusammenbruch: ein größerer Choleraausbruch in Mariupol wird diese Situation noch weiter verschärfen.

Die Menschen in den vorübergehend besetzten Gebieten halten den Widerstand aufrecht. Die Bewohner*innen der besetzten Gebiete wehren sich weiterhin gegen den Übergang der Region in die Rubelzone. Infolgedessen sind die Russ*innen gezwungen, im Süden der Ukraine Griwna zu verwenden. Die meisten Mitarbeitenden der Eisenbahndirektion von Cherson weigerten sich, mit den russischen Behörden zusammenzuarbeiten. Ein ähnlicher Fall wurde in Melitopol in der Region Saporischschja verzeichnet, wo die Eisenbahner*innen die Zusammenarbeit boykottierten. Infolgedessen versuchen die Russ*innen, Arbeiter*innen aus Russland in die vorübergehend besetzten Gebiete zu bringen. Gleichzeitig boykottieren die kleinen Unternehmen in Cherson die Besatzer. Die Unternehmer*innen weigern sich massiv, unter russischem Recht zu arbeiten. Deshalb laden die Besatzungsverwaltungen Unternehmer*innen von der besetzten Krim in die Stadt ein. Letztere haben jedoch Angst, sich aufgrund der Gegenoffensive des ukrainischen Militärs in der Region Cherson voll zu entfalten, so dass ihre Arbeit nicht stabil ist, so das Nationale Widerstandszentrum.

Michael Carpenter, der US-Botschafter bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), bezeichnete die von Russland besetzte Region Cherson als "Labor des Schreckens" des Kremls. Moskau hatte versucht, lokale Politiker*innen und Aktivist*innen zu rekrutieren, indem es Nötigung und Erpressungstaktiken einsetzte, die manchmal auch unrechtmäßige Inhaftierungen, die Androhung der Entführung von Angehörigen und Bestechung umfassten. In der Zwischenzeit waren die Bürger*innen vom Internetzugang abgeschnitten, was sie von zuverlässigen Informationen und ukrainischen Regierungsdiensten fernhielt. „Die Kontrolle über Cherson hilft Russland, die Ukraine am Export ihres Getreides zu hindern, und verschärft direkt die weltweite Krise der Ernährungssicherheit. Dies bedeutet nicht nur, dass wahrscheinlich mehr Menschen in der Ukraine sterben werden, sondern auch, dass mehr Menschen weltweit Hunger leiden und an Hunger sterben werden. Es steht enorm viel auf dem Spiel“.

Menschenrechte. In dem vorübergehend besetzten Berdiansk in der Region Saporischschja haben die Invasoren die Aktivitäten der Kirche der Zeugen Jehovas eingestellt, da diese Organisation in der Russischen Föderation verboten ist. Diese Tatsache unterstreicht einmal mehr, wie sehr sich die Ukraine und die Russische Föderation unterscheiden. Die Ukraine ist de facto und de jure ein säkulares Land, in dem alle Konfessionen und religiösen Überzeugungen respektiert werden, während in Russland Totalitarismus und Intoleranz herrschen.

Das Gericht der selbsternannten DVR hat sein erstes Urteil über drei ausländische Soldaten gefällt, die Mariupol gemeinsam mit dem ukrainischen Militär verteidigt hatten. Die beiden britischen Staatsbürger Aiden Aslin und Shaun Pinner sowie der Marokkaner Brahim Saadoune, die von den Terroristen als "Söldner" bezeichnet werden, wurden zum Tode verurteilt. Die ukrainische Generalstaatsanwältin Iryna Venediktova betonte, dass die drei Festgenommenen im Einklang mit den Genfer Konventionen unter die Immunität von Kombattanten fallen und als Kriegsgefangene nicht wegen ihrer direkten Teilnahme an Feindseligkeiten belangt werden können. Ihre Inhaftierung sollte lediglich dazu dienen, ihre Teilnahme an weiteren militärischen Aktionen zu verhindern. Daher hat die Ukraine bereits eine Voruntersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet, um sicherzustellen, dass die an dieser illegalen Aktion Beteiligten für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić, verurteilte in ihrer Erklärung die heute in der besetzten ukrainischen Stadt Donezk verhängten Todesurteile. Die britische Verteidigungsministerin Liz Truss verurteilte das Urteil und bezeichnete es als "Scheinurteil ohne jede Legitimität".

Das russische Untersuchungskomitee erklärte, es habe mehr als 1.100 Fälle von "Verbrechen gegen den Frieden" durch die ukrainische Regierung eröffnet. Nach dem Schauprozess gegen die oben genannten ausländischen Soldaten wird in der Erklärung ein möglicher weiterer Massenschauprozess gegen Hunderte ukrainischer Militärangehöriger begründet. Die Ermittler geben an, mehr als 75.000 Personen befragt zu haben, die als Opfer bezeichnet wurden.

Kriegsverbrechen. Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihres außenpolitischen Instruments ein neues Projekt gestartet, um die Ermittlungskapazitäten des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) mit 7,25 Mio. EUR zu unterstützen. Damit soll der IStGH in die Lage versetzt werden, seine Ermittlungskapazitäten auszubauen, um auf die laufenden Ermittlungen zu den von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen zu reagieren. Der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders sagte dazu: "Eines ist klar: Es ist eine globale Reaktion erforderlich, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für die in der Ukraine begangenen Gräueltaten vor Gericht gestellt werden. Wir arbeiten eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammen, um sicherzustellen, dass es keine Straffreiheit für die Täter von Kriegsverbrechen gibt."

Wirtschaftliche Sicherheit. Der Krieg Russlands in der Ukraine hat eine Lebenshaltungskostenkrise ausgelöst, von der die Menschen weltweit betroffen sind, so die OECD. Das globale BIP-Wachstum wird sich den Prognosen zufolge in diesem Jahr drastisch auf etwa 3 % verlangsamen und 2023 in ähnlichem Tempo weitergehen. Die steigende Inflation, die größtenteils auf stark steigende Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen ist, bringt Menschen mit geringem Einkommen in Bedrängnis und erhöht die Risiken für die Ernährungssicherheit in den ärmsten Volkswirtschaften der Welt.

Sanktionen. Der ukrainische Präsident hat ein Dekret über Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Putin und seinen Pressesprecher Peskow unterzeichnet. Insgesamt stehen mehr als 260 Russ*innen und 236 Unternehmen auf der Liste. Zu den geplanten Maßnahmen gehören unter anderem die Sperrung von Vermögenswerten, die Einschränkung von Handelsgeschäften in Form eines Verbots von Export-Import-Transaktionen, die Verhinderung von Kapitalabflüssen aus der Ukraine und das Verbot des Erwerbs von Grundstücken.

Cyber-Sicherheit. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine erklärte sich Starlink bereit, der Ukraine Zugang zum Satelliteninternet zu verschaffen, und aktivierte den Starlink-Dienst in der Ukraine. Gestern hat Starlink Ukraine eine Betreiberlizenz erhalten. Der Minister

für digitale Transformation der Ukraine, Mykhailo Fedorov, kündigte an, dass die SpaceX-Vertretung in der Ukraine bald ihre Arbeit aufnehmen wird. Unterdessen hat ein gehackter russischer Radiosender die ukrainische Hymne und Widerstandslieder ausgestrahlt. Die Nachrichtensendung eines russischen Radiosenders wurde am Mittwoch von ukrainischen Liedern unterbrochen. Dies ist das jüngste Beispiel dafür, dass russische Medien offenbar ins Visier von Antikriegs-Hackern geraten sind, [berichtet](#) die Washington Post.

Aktuelle Umfragen. Wenn der Krieg so weitergeht wie bisher, planen nur 42,9 % der Ukrainer*innen die Zukunft ihrer Kinder und Enkel in der Ukraine, so das Ergebnis [einer Umfrage](#), die das Kiewer Internationale Institut für Soziologie im Auftrag des Zentrums für sozioökonomische Forschung CASE Ukraine durchgeführt hat. Frauen haben ein etwas höheres Sicherheitsbedürfnis als Männer. Im Falle eines Waffenstillstands sind 57,1 % der Männer bereit, für die Zukunft ihrer Kinder oder Enkelkinder in der Ukraine zu planen, gegenüber 52,7 % der Frauen. Für den Fall, dass der Krieg weitergeht, planen 34,8 % der Bewohner des Ostens, 38,8 % der Bewohner des Südens, 44,6 % der Bewohner der zentralen und nördlichen Regionen und 48,5 % der Bewohner*innen der Westukraine die Zukunft von Kindern und Enkelkindern in der Ukraine.

Kolonialismus. Der russische Präsident Wladimir Putin [hat](#) anlässlich des 350. Jahrestages der Geburt des Zaren Peter den Großen [gewürdigt](#) und eine Parallele zu dem gezogen, was Putin als ihr gemeinsames historisches Streben nach Rückeroberung russischer Gebiete bezeichnete. „Peter der Große führte 21 Jahre lang den großen Krieg im Norden. Es sieht so aus, als ob er sich mit Schweden im Krieg befand, er hat ihnen etwas weggenommen. Er hat ihnen nichts weggenommen, er hat ihnen zurückgegeben, was Russland gehörte“, sagte Putin am Donnerstag nach dem Besuch einer dem Zaren gewidmeten Ausstellung. Putin hat wiederholt versucht, Russlands Vorgehen in der Ukraine, wo seine Streitkräfte Städte verwüstet, Tausende von Menschen getötet und Millionen in die Flucht getrieben haben, zu rechtfertigen, indem er eine Geschichtsauffassung vertrat, die behauptet, die Ukraine habe keine wirkliche nationale Identität oder Tradition der Staatlichkeit.

Beobachtungsliste. [Das Folterlager in der Paradiesstraße](#). 2017 lebte und arbeitete der ukrainische Journalist Stanislav Aseyev in der Separatistenregion Donezk im Osten der Ukraine. Er kritisierte die selbsternannte Republik und verwendete Pseudonyme, um seine Identität zu schützen. Doch eines Tages wurde er enttarnt, was zu seiner Inhaftierung und Folter im berüchtigten Izolyatsia-Gefängnis führte.

Lesecke.

- [Ukrainische Partisan*innen treffen russische Soldat*innen hinter ihren eigenen Linien | The Economist](#). Der ukrainische Untergrundwiderstand in den besetzten Gebieten macht sich einen Namen, indem er den russischen Besatzern zeigt, dass sie unerwünscht sind. Zahlreiche Fälle wurden in Melitopol, der inoffiziellen Hauptstadt des ukrainischen Widerstands, in der Region Cherson, in Izium und anderen Gebieten verzeichnet. Die Menschen setzen ihr Leben aufs Spiel, lassen aber auch in der Besatzungszeit keine Gelegenheit aus, zu handeln.
- [UkraineX: Wie Elon Musks Weltraumsatelliten den Krieg am Boden veränderten - POLITICO](#)
- [Vom Grab zur Front: Ukrainer*innen erzählen von grimmigem Durchhaltevermögen - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

Statistik.

- 4,8 Millionen ukrainische Geflüchtete sind in Europa [registriert](#), so die aktualisierten UN-Zahlen. Insgesamt 3,2 Millionen Ukrainer in Europa haben sich für ein vorübergehendes Schutzprogramm angemeldet. Nach Angaben der UN leben die meisten ukrainischen Geflüchteten im benachbarten Polen: mehr als 1,15 Millionen Menschen, an zweiter Stelle steht Rumänien. Das drittgrößte Aufnahmeland ist Deutschland mit 780.000 Flüchtlingen, gefolgt von der Tschechischen Republik, Italien und Spanien.
- Nach Angaben des [Staatlichen Statistikamtes](#) sank das ukrainische BIP im ersten Quartal 2022 um 19,3% (saisonbereinigt) gegenüber dem Vorquartal und um 15,1% gegenüber dem ersten Quartal 2021.
- 310 Gemeinden [befinden sich](#) in Gebieten, in denen militärische (Kampf-)Operationen stattfinden oder die vorübergehend besetzt, umzingelt (blockiert) sind.
- Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine gab die geschätzten Gesamtverluste des russischen Militärs ab 10 Uhr am 10. Juni 2022 bekannt: Personal - rund 31900, Panzer - 1409, gepanzerte Patrouillenfahrzeuge (APV) - 3450, Artilleriesysteme - 712, Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme (MLRS) - 222, Flugabwehrsysteme - 97, Starrflügler - 212, Hubschrauber - 178, unbemannte Luftfahrzeuge/Drohnen (UAV) - 572, Marschflugkörper - 125, Boote und leichte Schnellboote - 13, ungepanzerte Fahrzeuge und Tankwagen - 2438, Spezialausrüstung - 54.

Jede Aktion zählt, kein Beitrag ist zu klein!

- [Unterstützen Sie 'Kryivka Vilnykh' \(Unterkunft der Freien\)](#) - eine gemeinnützige Organisation, die humanitäre Hilfe in den Regionen Kiyv und Tschernihiw leistet und sich derzeit auf die Unterstützung der Ostukraine konzentriert. Hier sind ihre [Bankdaten](#).
- [Geben Sie diese aktuellen Informationen über die Lage in der Ukraine weiter, entweder in den sozialen Medien, in den lokalen Medien oder indem Sie diese Kurzinformation verbreiten.](#)
- [Abonnieren Sie unsere täglichen Updates auf Twitter und unserer Website.](#)

Vielen Dank für Ihre Unterstützung der Ukraine! Slawa Ukraini! Ruhm für die Ukraine!